

ES STAND
IN DER OP

Vor 10 Jahren

Kopenhagen: Barroso
fürchtet Spaltung Europas

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat vor einer Spaltung der Europäischen Union durch den neuen Vertrag für mehr Haushaltsdisziplin in Eurozone und EU gewarnt. „Wir bedauern jede Entwicklung, die zu einer Spaltung Europas führen könnte. Das wäre sehr schädlich für unser gemeinsames Ziel“, sagte er. Der sogenannte Fiskalpakt soll im März unterzeichnet werden.

Stadtlendorf: Mieter
flüchten vor dem Qualm

Ein Feuer in einem Kellerraum eines Mehrfamilienhauses löste in der Nacht einen Großeinsatz für Feuerwehr und Rettungsdienst aus. Neun Bewohner des Hauses in der Moselstraße mussten in Krankenhäuser gebracht werden. Bei ihnen bestand Verdacht auf eine Rauchvergiftung. Unter den Verletzten befanden sich fünf Kinder. Bei dem Brand waren große Teile des Gebäudes stark verqualmt worden.

Vor 20 Jahren

London: Drogenwirbel
um Prinz Harry

Prinz Harry, der 17 Jahre alte Sohn des britischen Thronfolgers Prinz Charles, soll im vorigen Jahr über einen Zeitraum von mehreren Monaten Marihuana konsumiert haben, berichten britische Zeitungen. Die Familie bestätigte dies. Prinz Charles schickte seinen Sohn daraufhin in eine Drogenklinik - um sich mit den Abhängigen zu unterhalten. Seitdem habe Harry kein Marihuana mehr angerührt, heißt es.

Gladenbach: Einbrecher
verwüsten das Rathaus

Auf eine Spur der Verwüstung stieß die Polizei im Gladenbacher Rathaus und im angrenzenden Haus des Gastes: Bislang unbekannte Täter waren in der Nacht durch ein Fenster im Erdgeschoss in das Gebäude eingedrungen und hatten auf ihrer Suche nach Bargeld enorme Schäden hinterlassen. Auf bis zu 100 000 Euro beziffert die Stadt die Höhe des Schadens. Die Beute betrug rund 100 Euro aus der Kaffeekasse.

Vor 50 Jahren

Bamberg: Schuldner
setzen ihre Kinder aus

Zwei von ihren Eltern wegen finanzieller Schwierigkeiten ausgesetzte Kinder, ein zweieinhalb Jahre altes Mädchen und sein elf Monate alter Bruder, sind in einer Bamberger Kirche gefunden worden. Nach Angaben der Polizei sind die Kinder, die einen sauberen und gepflegten Eindruck machen, in ein Kinderheim gebracht worden. In dem Kinderwagen, in dem der Junge lag, entdeckte die Polizei neben Spielsachen, Lebensmitteln und Impfscheinen einen Brief „an das Kinderheim“. Darin heißt es: „Wir haben heute unsere Kinder aussetzen müssen, da die Familie zusammengebrochen ist. Totaler Ruin, wir haben 16 000 Mark Schulden und somit alles verloren. Können keine Miete zahlen. Das Sozialamt hat uns keine Hilfe gewährt. Bitte nehmen sie die Kinder in ihre Obhut. Wir haben keine andere Möglichkeit mehr gefunden.“



Die Marburger Sprachwissenschaftlerin Professorin Constanze Spieß präsentiert auf der Leinwand das Unwort des Jahres, das an der Philipps-Universität Marburg verkündet wurde. Es heißt „Pushback“

FOTO: NADINE WEIGEL/DPA

Das Unwort des Jahres „beschönigt menschenfeindlichen Prozess“

Marburger Professorin Constanze Spieß verkündete Entscheidung der Jury im Sprachatlas in Marburg

VON MANFRED HITZEROTH

MARBURG. Das Unwort des Jahres 2021 heißt „Pushback“. Die Marburger Sprachwissenschaftlerin Professorin Constanze Spieß verkündete gestern im Hörsaal im „Deutschen Sprachatlas“ an der Universität Marburg die Entscheidung der unabhängigen sprachkritischen Jury, deren Vorsitz sie zum ersten Mal innehatte (die OP berichtete).

„Der Ausdruck „Pushback“ stammt aus dem Englischen und bedeutet ‚zurückdrängen, zurückschieben‘. Im Migrationsdiskurs bezeichnet das Wort die Praxis von Europas Grenztruppen, Flüchtlinge an der Grenze zurückzuweisen und am Grenzübergang zu hindern“, erläuterte Spieß.

Ganz unterschiedliche Politiker, Journalisten und Organisationen hätten im Jahr 2021 den Ausdruck in Debatten zur Einwanderung über die europäischen Außengrenzen verwendet, erläuterte Spieß. Das gelte beispielsweise sowohl für den Grünen-Politiker und Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann als

auch für den CDU-Politiker Hans-Georg Maaßen.

„Die Jury kritisiert die Verwendung des Ausdrucks, weil mit ihm ein menschenfeindlicher Prozess beschönigt wird, der den Menschen auf der Flucht die Möglichkeit nimmt, das Menschen- und Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen.“, begründete die Jury-Vorsitzende die Wahl des „Unworts 2021“.

Den Flüchtenden werde somit ein faires Asylverfahren vorenthalten. Der Einsatz des Fremdwortes trage zur Verschleierung des Verstoßes gegen die Menschenrechte und das Grundrecht auf Asyl bei. Mit dem Gebrauch des Ausdrucks würden zudem die Gewalt und Folgen wie Tod, die mit dem Akt des Zurückdrängens von Migranten und Migrantinnen verbunden sein können, verschwiegen.

Jury kritisiert unreflektierte Verwendung

Zudem kritisiert die Jury die in den Medien unreflektierte Nutzung dieses Wortes auch bei Kritikern der Maßnahmen.

Es ist das erste Mal seit

insgesamt 1308 Einsendungen hatte die unabhängige Jury bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres für die Wahl zum „Unwort des Jahres 2021“ erhalten. Darunter waren 454 verschiedene Ausdrücke aus allen Feldern der öffentlichen Kommunikation. Allerdings entsprachen nur 45 Worte den Kriterien der Jury. Es müssen Begriffe sein, die gegen das Prinzip der Menschenwürde verstoßen oder gegen Prinzipien der Demokratie verstoßen oder einzelne gesellschaftliche Gruppen diskriminieren oder

1994, dass ein aus dem Englischen stammender Begriff zum Unwort des Jahres gewählt wurde. Damals wurde „Peanuts“ (englisches Wort für Erdnüsse) das Unwort des Jahres. Geprägt hatte es der Deutsche Bank-Chef Hilmar Kopper.

Er hatte auf einer Pressekonferenz die 50 Millionen D-Mark, die Immobilien-Pleiteur Jürgen Schneider seinen Handwerkern schuldig geblieben war, als „Peanuts“ bezeichnete, also sinngemäß als Kleinigkeiten. Eine derartige abschätzigende Bewertung von Geldsummen, von denen Durchschnittsbürger nur träumen können, sei in Finanzkreisen leider gar nicht so selten, rügte damals die Jury.

Auf Platz zwei bei der Wahl zum Unwort des Jahres 2021 setzte die Jury in diesem Jahr das Wort „Sprachpolizei“: Mit diesem Ausdruck würden Personen diffamiert, die sich unter anderem für einen angemessenen, gerechteren und nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch einsetzen, der bisher benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen sprachlich einschließe. Die Jury bewertet den Begriff „Sprachpolizei“ als irreführend. Denn er suggeriere, dass es eine exekutive Instanz gä-

Unwort des Jahres 2021

euphemistisch, verschleiern oder gar irreführend sind. Zudem müssen die betreffenden Wörter und Formulierungen geäußert worden sein und eine gewisse Aktualität besitzen. Unter den häufigsten Einsendungen (mehr als 10x), die aber nicht zwingend den Kriterien der Jury entsprechen, waren: *boostern* (22x), *Covidiot* (20x), *Eigenverantwortung* (14x), *Gendersternchen* (16x), *illegaler Kindergeburtstag* (71x), *Impfangebot* (13x), *Impfdurchbruch* (13x), *Impfdrängler* (11x), *Impfverweigerer* (11x),

Pandemie der Ungeimpften (16x), *Querdenker* (47x), *systemrelevant* (24x), *Tyrannie der Ungeimpft(e)* (287x), *Ungeimpft(e)* (21x), *Verweilverbotszone* (30).

Das Unwort des Jahres wurde jetzt zum 31. Mal seit 1991 benannt. Zur unabhängigen und ehrenamtlichen Jury zählen neben der Jury-Vorsitzenden Professorin Constanze Spieß (Uni Marburg) fest die beiden Sprachwissenschaftler und die Journalistin. Gastjuror war dieses Mal der Investigativ-Journalist Harald Schumann.

be, die über die Einhaltung von Sprachregeln wache und bei Nichteinhaltung Bestrafungen vorsehe oder durchsetze.

Auf Platz drei wurden von der Jury mehrere Vergleiche mit dem Nationalsozialismus gesetzt. Unter den Einreichungen habe sich eine Vielzahl an Ausdrücken befunden, die im Zuge der Corona-Demonstrationen von Impfgegnern verwendet worden sei und „völlig unzulässig eine Ähnlichkeit zwischen Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie und der nationalsozialistischen Diktatur nahelege“, so die Jury.

Verharmlosung des Nationalsozialismus

Als Beispiele nannte die Jury-Vorsitzende die Begriffe „Impfnazi“, Ermächtigungsgesetz (für Infektionsschutzgesetz) oder den gelben Stern mit dem Aufdruck „ungeimpft“. Die deplatzierte Verwendung solcher Ausdrücke führe zur Verharmlosung des Nationalsozialismus, zur Verhöhnung der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und in manchen Fällen zu einer Opfer-Täter-Umkehr.

In diesem Jahr griff die „Unwort-Jury“ auch wieder

eine Tradition auf, wonach der Gastjuror sein persönliches Unwort des Jahres küren kann: Der Journalist Harald Schumann wählte den Ausdruck „Militärschlag“, mit dem er nicht zufrieden ist. „Schon seit Jahrzehnten bedienen sich Politiker und unkritische Medien dieses Ausdrucks und verschleiern damit, worum es eigentlich geht: Bombenangriffe und Artillerie- oder Raketenbeschuss auf Ziele, bei denen die Aggressoren skrupellos den Tod unschuldiger und zumeist auch unbewaffneter Opfer in Kauf nehmen“, so Schumann. Wenn eine Regierung ihre Bomber, Drohnen, Panzer und Raketen für Angriffe auf andere Völker oder auch Widerstandsgruppen im eigenen Land einsetze, dann handele es sich um Krieg und nicht bloß um ein paar Schläge.

Die fünfköpfige Jury hatte am vergangenen Wochenende getagt und war nach mehrstündiger Diskussion schließlich zu einer einstimmigen Entscheidung gekommen, erläuterte Spieß bei der Pressekonferenz auf OP-Anfrage. Nicht in die „Top 3“ schafften es weitere Vorschläge wie „Booster“, „systemrelevant“, „Querdenker“ oder „Impfmassaker“

Stichwort: Pushback

Das Unwort des Jahres 2021 heißt „Pushback“. Das aus dem Englischen stammende Wort bedeutet auf Deutsch soviel wie „zurückdrängen“, „zurückstoßen“ oder „zurückschieben“. Vor allem durch das Verhalten von Grenzpolizisten an den europäischen Außengrenzen erlangte der Begriff im gesellschaftlichen Diskurs im vergangenen Jahr eine traurige Berühmtheit. Sowohl an der Grenze zwischen Polen und Belarus als auch an der bosnisch-kroatischen Grenze wurden Flüchtlinge rechtswidrig zurück über die Grenze geschickt, nicht selten unter Anwendung von körperlicher Gewalt.

Der Begriff „Pushback“ wird im Deutschen aber auch im technischen Sinn verwendet. So gibt es beispielsweise die „Pushback-Schlepper“: Diese Fahrzeuge werden auf Flughäfen verwendet und eignen sich zum „Pushback“ von kleinen bis mittleren Flugzeugen – in diesem Fall dem Manövrieren des Flugzeuges aus der Parkposition in die Startposition mit Hilfe einer Schleppstange. In der Online-Version des deutschen Wörterbuchs Duden findet sich der Begriff „Pushback“ übrigens bisher noch nicht, im Gegensatz zu den ebenfalls aus dem Englischen entlehnten Wörtern „Push“ oder „Rollback“.